

Aus für Wettbewerb im Briefversand

TNT Post zieht sich zurück - Pin baut Stellen ab - Wirtschaft geschädigt

Hamburg - Seit einigen Monaten kommt Farbe in die deutschen Städte. Nicht mehr nur gelbe Fahrräder bringen Post ins Haus, sondern auch orange und grün gekleidete Boten fahren Briefe aus. Die Stadtbevölkerung beginnt sich gerade an Konkurrenz im Briefversand zu gewöhnen - da ist er schon fast wieder vorbei. Denn einen umfassenden Wettbewerb im Briefmarkt wird es nun vorerst doch nicht geben. Grund dafür ist, dass die wichtigsten Wettbewerber der Post nach eigenen Angaben unter den neuen Bedingungen eines Mindestlohns nicht antreten werden. Eigentlich sollte nach der Liberalisierung ab Januar 2008 die neue Freiheit im Briefmarkt den privaten und geschäftlichen Postkunden fallende Preise und besseren Service bescheren.

"Ein gemeinsames Angebot an Briefdienstleistungen für Privatkunden und Kleinunternehmen durch TNT Post und die Hermes Logistik Gruppe wird es vorerst nicht geben", kündigte TNT-Deutschlandchef Mario Frusch an. Der von der Politik geplante Mindestlohn zwischen neun Euro und 9,80 Euro für Briefzusteller lasse dies nicht zu. Der andere große Wettbewerber der Deutschen Post, die Pin Group, reagiert bereits mit Entlassungen.

"Der Mindestlohn zwingt uns im ersten Schritt, mehr als 1000 Beschäftigte zu entlassen. Besonders tragisch dabei ist, dass darunter viele Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose sind, die wir nun wieder zurück in die Arbeitslosigkeit und eine ungewisse Zukunft schicken müssen", sagte Günter Thiel, Vorstandschef der Pin Group. In der heutigen Form habe das Unternehmen so keine Überlebenschance. Die Pin Group gehört zur Axel Springer AG, die Zeitungen wie DIE WELT oder "Bild" herausgibt.

Im Briefversand machen Löhne und Gehälter selbst nach Angaben der Deutschen Post etwa 70 Prozent der Gesamtkosten aus. Das Geschäft ist trotz maschineller Sortierung sehr personalintensiv. "Die Markteintrittshürden sind so hoch, dass keiner mehr rein kann", sagte Thiel. Die Anlaufkosten für den Markteintritt seien nun nicht mehr finanzierbar. "Mich wundert, in welcher Blindheit die Politiker den Mindestlohn auf ein europäisches Rekordniveau heben. Das ist ein Blockadelohn, der uns vier bis fünf Jahre zurückwirft", sagte Thiel.

Arbeitsmarktexperten halten derart hohe Mindestlöhne für verheerend. "Am Ende können diese gesetzlich festgelegten Löhne dazu führen, dass wir denjenigen, denen die Politik eigentlich helfen will, wieder die Tür zum Arbeitsmarkt zuschlagen", sagte Hilmar Schneider, Direktor für Arbeitsmarktpolitik beim Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit. Dieser Mindestlohn werde eine Sogwirkung auch für andere Branchen haben. Gesamtwirtschaftlich sei dies schädlich, da kein Niedriglohnsektor entstehen könne. "Wir müssen aber Menschen eine Chance geben, die sonst auf dem Arbeitsmarkt keine haben", sagte Schneider. Dabei schade ein Mindestlohn erheblich.

Schaden könnte die Marktabschottung aber auch am Ende der Deutschen Post selbst zufügen. "Es wird sich jetzt zeigen, ob Geschäftskunden der Post nicht bei ihrem Briefversand auf andere Wege ausweichen werden. Dies kann über elektronische Datensendungen oder auch über andere Transportwege geschehen", sagte Mark Winkelmann, Geschäftsführer des Marktforschungsfirma **ITA Logistics**. So könnten Geschäftskunden etwa Post über das Ausland verschicken, um die vergleichsweise hohen deutschen Portopreise zu umgehen.

Die große Offensive, nach dem Ende des letzten Postmonopols ab Januar 2008 in den Wettbewerb zu starten, wird ausbleiben. Grund für den Rückzug der Post-Konkurrenten ist nach Expertenmeinung weniger der Mindestlohn an sich, sondern vielmehr dessen Höhe. "Das Hauptproblem der privaten Briefdienste ist es doch, dass sie durch den Mindestlohn gleich von Anfang an 100 Prozent der Kosten haben, aber noch keine entsprechend hohen Umsätze. Die Politik hat den Fehler gemacht, keine Übergangsfrist einzuführen", sagt der Unternehmensberater Horst Manner-Romberg.

Die Folge, dass nun kein breiter Wettbewerb entstehen werde, habe die Politik zu verantworten. "Den Schaden tragen nicht in erster Linie die Privatkunden. Es sind die Geschäftskunden. Denn die Portopreise werden nun nicht deutlich sinken", sagte Manner-Romberg. Postchef Klaus Zumwinkel hatte mehrfach angekündigt, auch über attraktive Preise um jeden einzelnen Kunden kämpfen zu wollen. Einen solchen Preiskampf mit sinkenden Portopreisen wird es nun aber vorerst nicht geben.

Keine andere Marktöffnung in Deutschland ist bislang für die Herausforderer mit derart hohen Startbedingungen verbunden gewesen. Als zum Beispiel 1998 der Telekommunikationsmarkt für den Wettbewerb geöffnet wurde, förderte der Regulierer sogar ganz gezielt die neuen Konkurrenten des bisherigen Monopolisten Deutsche Telekom. Die Bundesnetzagentur legte die Preise für die Endkunden wie für technische Vorleistungen der Telekom so fest, dass die Wettbewerber konkurrenzfähige Produkte auf den Markt bringen konnten.

Die Preise für Telekommunikationsdienste sind im Laufe der vergangenen zehn Jahre drastisch gefallen. Die erfolgreiche Liberalisierung wurde aber auch möglich, weil es keine staatlichen Eingriffe in die Lohnpolitik gab. Ein Mindestlohn wäre auch absurd gewesen. Denn die vorwiegend hoch qualifizierten Jobs in der Telekom-Branche sind meist gut dotiert. Der immer schwächer werdende Marktführer Deutsche Telekom hat zunächst darauf reagiert, indem er sich jährlich von jeweils 10 000 Mitarbeitern trennte. In diesem Jahr hat der Konzern nun 50 000 Mitarbeiter in Servicegesellschaften versetzt. Dort müssen die Beschäftigten länger arbeiten - und bekommen dafür weniger Geld.

Im Briefmarkt gibt es dagegen neben dem Mindestlohn noch eine zweite Hürde: Private Briefdienste zahlen im Unterschied zur Deutschen Post Mehrwertsteuer. Der Vorteil der ehemaligen Staatspost wird von der Konkurrenz auf eine bis 1,5 Mrd. Euro beziffert.

Bei der derzeitigen Lohnhöhe können die Konkurrenten damit dennoch arbeiten. So hat die Pin Group in Berlin den Auftrag für die Post des Berliner Senats bekommen, weil ihr Angebot um 35 Prozent günstiger war. Dort zahlt die Firma einen Stundenlohn von 8,20 Euro und kann den Nachteil der Mehrwertsteuerpflicht von 19 Prozent überkompensieren. Der Briefmarkt erreicht derzeit einen Umsatz von zwölf Mrd. Euro und ist zu gut 90 Prozent in der Hand der Deutschen Post. Dies dürfte nun erst einmal so bleiben.